

Positionspapier

Wir sind keine Klimaleugner, auch leugnen wir nicht, dass der Klimawandel menschenveranlasst ist. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch nicht vor unserer Haustür.

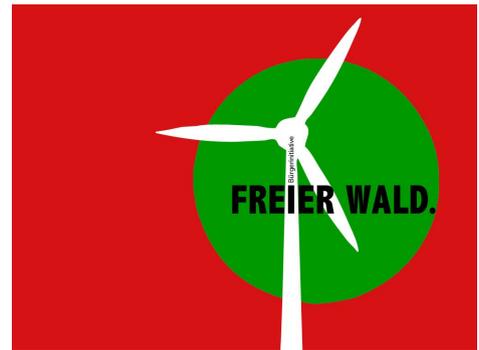
Gleichwohl findet niemand 250 m hohe Windkraftanlagen schön.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Speicherkapazität unserer Wälder für klimaschädliche Gase muss unserer Auffassung nach einen höheren Stellenwert haben als die Herstellung von Strom in und auf Kosten von Wäldern.

Zur Situation:

Derzeit ist die Situation wie folgt:

- Jeder kann nahezu überall eine Windkraftanlage errichten!
- Der anfallende produzierte Strom kann auf absehbare Zeit nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt werden.
- Jede dieser Windkraftanlagen führt zu einem Anspruch auf Anschluss an das Stromnetz und Vergütung oder Ausgleichzahlung, was sich drastisch auf den lokalen Strompreis auswirkt.
- Die Kosten dieses Netzausbaus außerhalb der „Stromautobahnen“ bei Anlagen bis 100 MW müssen die Verbraucher in der Region tragen.
- Die Teilhabe in der Region an der Wertschöpfung ist praktisch nicht gegeben. Bei der Abgabe nach § 6 EEG handelt es sich um eine „Soll-Bestimmung“. Diese Kosten müssen auch von der Gemeinschaft der Verbraucher getragen werden.
- Die Sonderabgaben an die Gemeinden nach BbGWindAbgG sollten in Rücklagen fließen, weil derzeit ein insolvenzsicherer Rückbau durch die Betreiber nicht gesichert ist. Leider ist diese Abgabe zweckgebunden für „akzeptanz erhöhende Maßnahmen“ der Gemeinden und steht als Sicherungsmittel nicht zur Verfügung..
- Den Menschen in der Region wird durch den unkoordinierten Ausbau die einzige verbliebene Ressource der naturnahen Kulturlandschaft mit reicher Flora und Fauna sowie viel Ruhe genommen.
- Der Vorteil des Lebensraumes Ländlicher Bereich wird vernichtet. Damit wird auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus erheblich beschädigt.
- Private Investitionen in den betroffenen ländlichen Bereichen werden dadurch drastisch zurückgehen, niemand ertüchtigt sein Haus energetisch wenn zugleich ein erheblicher Wertverlust droht.



Als gravierende und ungelöste Herausforderung wird von uns der hinkende Netzausbau wahrgenommen. E.ON-Chef Leonhard Birnbaum hat als prominenter Vertreter der Energiebranche im Interview mit NTV und der Süddeutschen Zeitung dazu Stellung bezogen. Als wichtigen Aspekt, hebt Herr Birnbaum hervor, dass derzeit die Netzkapazitäten erschöpft sind. Um weitere Anlagen der Erneuerbaren Energien (EEA) anzuschließen, müssten zunächst die Netze ausgebaut werden. Sinnvoller, so Birnbaum, ist es, die Energie dort zu produzieren wo sie benötigt wird. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es ergibt keinen Sinn Vorhabenträger dafür zu belohnen, dass EEA dort errichtet werden wo der Strom gar nicht gebraucht wird.

Ähnlich äußerte sich der Vertreter vom Netzbetreiber E.DIS Netz GmbH, in der Podiumsdiskussion auf Einladung der Interessengemeinschaft „Hohe Heide“ am 15. Februar 2024 in Heiligengrabe. Bereits jetzt, produziere die Region Nordwestbrandenburg ca. das 10-fache des in der Region verbrauchten Stroms. Der überschüssige Strom kann, auch wenn die Anlagen pro forma einen Netzanschluss bekommen, im Bereich der

E.DIS nicht wirksam abtransportiert werden, was zu erheblichen Entschädigungszahlungen an Betreiber von EEA führt. Die vorgesehene Zubaudynamik wird diese Situation verschärfen.

Dipl. Ing. Stefan Dorendorf, Leiter Netzstrategie und -entwicklung der E.DIS Netz GmbH hat bereits 2022 öffentlich auf die Ausbaudynamik infolge des Osterpakets der Bundesregierung und die damit verbunden Risiken hingewiesen. So beklagt Herr Dorendorf, dass bei Realisierung aller 2022 beantragten Netzanschlüsse in unserer Region die installierte Leistung an EE-Anlagen die maximale Verbrauchslast um das 5-fache übersteigen wird. Das hat sich inzwischen mit den derzeit zusätzlich geplanten Anlagen noch einmal deutlich verschärft. Die von Herrn Dorendorf aufgezeigten Lösungen zur effizienten Umsetzung der Energiewende wurden bislang leider nicht aufgegriffen. Die Möglichkeiten der Anschlusszuweisung sind nicht ausgereizt und die Betreiber können weiter Anlagen dort bauen, wo kein Strom gebraucht wird und auch nicht abtransportiert werden kann. Dennoch müssen die Entschädigungen für die Nichteinleitung letztlich durch die Verbraucher getragen werden. Der Ausbau der Netzstruktur wird noch mindestens 12 Jahre in Anspruch nehmen, um allein die in 2022 beantragten Vorhaben wirksam an das Netz der E.DIS Netz GmbH anzuschließen. Herr Birnbaum vom Energieversorger E.on geht davon aus, dass bei Beibehaltung des Zubaus von EEA und derzeitigem Tempo des Netzausbaus erst in den Jahren 2060 bis 2070 mit einer Konformität von Produktion und Verteilung gerechnet werden kann.

Es ist aus unserer Sicht als Steuerzahler und Stromkunden eine unerfreuliche Situation, Anlagenbetreibern eine sorglose Investition in nicht nutzbare EEAs verschaffen zu müssen! Solange insbesondere die Genehmigung von Anlagen außerhalb von Bauleitplanungen möglich ist, wird sich die Situation der nicht mitwachsenden Netzstruktur nur noch verschärfen.

In unserem näheren Umfeld sind derzeit Planungen für ca. 50 Windkraftanlagen im Wald bekannt, die sämtlich nach Auskunft des lokalen Netzbetreibers und auch des überregionalen Netzbetreibers nicht in absehbarer Zeit wirksam in das Stromnetz eingepflegt werden können. Von dem Bau dieser Anlagen sind insgesamt ca. 3000 ha Wald betroffen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es unserer Auffassung nach erst recht keinen Sinn, Windkraftanlagen in Wälder zu stellen, deren Strom nicht benutzt werden kann. Einerseits werden Wälder auch in Zukunft gebraucht, um verbleibende Co2 Emissionen zu binden. Andererseits erfüllen Wälder verschiedene wichtige Funktionen in unserer Region wie z.B. zur Kühlung, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität, als Lebensraum von Flora und Fauna und zur Erholung. Die Bedeutung des Ökosystems Wald darf nicht hinter den Zielen der Energiewende anstehen sondern muss Bestandteil der Energiewende sein. Dies gilt umso mehr als in der Region seit 40 Jahren sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Natur- und Landschaftsschutz geflossen ist. Die Demoralisierung dieser ehrenamtlich Tätigen durch die Aufgabe der bis dahin geltenden umweltpolitischen Ziele birgt einen nicht zu behebbenden politischen Flurschaden.

Positionspapier

Wir sind keine Klimaleugner, auch leugnen wir nicht, dass der Klimawandel menschenveranlasst ist. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch nicht vor unserer Haustür.

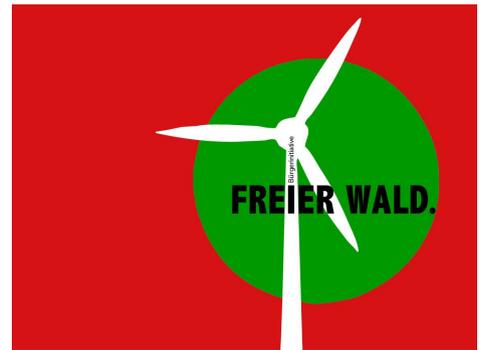
Gleichwohl findet niemand 250 m hohe Windkraftanlagen schön.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Speicherkapazität unserer Wälder für klimaschädliche Gase muss unserer Auffassung nach einen höheren Stellenwert haben als die Herstellung von Strom in und auf Kosten von Wäldern.

Zur Situation:

Derzeit ist die Situation wie folgt:

- Jeder kann nahezu überall eine Windkraftanlage errichten!
- Der anfallende produzierte Strom kann auf absehbare Zeit nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt werden.
- Jede dieser Windkraftanlagen führt zu einem Anspruch auf Anschluss an das Stromnetz und Vergütung oder Ausgleichzahlung, was sich drastisch auf den lokalen Strompreis auswirkt.
- Die Kosten dieses Netzausbaus außerhalb der „Stromautobahnen“ bei Anlagen bis 100 MW müssen die Verbraucher in der Region tragen.
- Die Teilhabe in der Region an der Wertschöpfung ist praktisch nicht gegeben. Bei der Abgabe nach § 6 EEG handelt es sich um eine „Soll-Bestimmung“. Diese Kosten müssen auch von der Gemeinschaft der Verbraucher getragen werden.
- Die Sonderabgaben an die Gemeinden nach BbGWindAbgG sollten in Rücklagen fließen, weil derzeit ein insolvenzsicherer Rückbau durch die Betreiber nicht gesichert ist. Leider ist diese Abgabe zweckgebunden für „akzeptanz erhöhende Maßnahmen“ der Gemeinden und steht als Sicherungsmittel nicht zur Verfügung..
- Den Menschen in der Region wird durch den unkoordinierten Ausbau die einzige verbliebene Ressource der naturnahen Kulturlandschaft mit reicher Flora und Fauna sowie viel Ruhe genommen.
- Der Vorteil des Lebensraumes Ländlicher Bereich wird vernichtet. Damit wird auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus erheblich beschädigt.
- Private Investitionen in den betroffenen ländlichen Bereichen werden dadurch drastisch zurückgehen, niemand ertüchtigt sein Haus energetisch wenn zugleich ein erheblicher Wertverlust droht.



Als gravierende und ungelöste Herausforderung wird von uns der hinkende Netzausbau wahrgenommen. E.on-Chef Leonhard Birnbaum hat als prominenter Vertreter der Energiebranche im Interview mit NTV und der Süddeutschen Zeitung dazu Stellung bezogen. Als wichtigen Aspekt, hebt Herr Birnbaum hervor, dass derzeit die Netzkapazitäten erschöpft sind. Um weitere Anlagen der Erneuerbaren Energien (EEA) anzuschließen, müssten zunächst die Netze ausgebaut werden. Sinnvoller, so Birnbaum, ist es, die Energie dort zu produzieren wo sie benötigt wird. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es ergibt keinen Sinn Vorhabenträger dafür zu belohnen, dass EEA dort errichtet werden wo der Strom gar nicht gebraucht wird.

Ähnlich äußerte sich der Vertreter vom Netzbetreiber E.DIS Netz GmbH, in der Podiumsdiskussion auf Einladung der Interessengemeinschaft „Hohe Heide“ am 15. Februar 2024 in Heiligengrabe. Bereits jetzt, produziere die Region Nordwestbrandenburg ca. das 10-fache des in der Region verbrauchten Stroms. Der überschüssige Strom kann, auch wenn die Anlagen pro forma einen Netzanschluss bekommen, im Bereich der

E.DIS nicht wirksam abtransportiert werden, was zu erheblichen Entschädigungszahlungen an Betreiber von EEA führt. Die vorgesehene Zubaudynamik wird diese Situation verschärfen.

Dipl. Ing. Stefan Dorendorf, Leiter Netzstrategie und -entwicklung der E.DIS Netz GmbH hat bereits 2022 öffentlich auf die Ausbaudynamik infolge des Osterpakets der Bundesregierung und die damit verbunden Risiken hingewiesen. So beklagt Herr Dorendorf, dass bei Realisierung aller 2022 beantragten Netzanschlüsse in unserer Region die installierte Leistung an EE-Anlagen die maximale Verbrauchslast um das 5-fache übersteigen wird. Das hat sich inzwischen mit den derzeit zusätzlich geplanten Anlagen noch einmal deutlich verschärft. Die von Herrn Dorendorf aufgezeigten Lösungen zur effizienten Umsetzung der Energiewende wurden bislang leider nicht aufgegriffen. Die Möglichkeiten der Anschlusszuweisung sind nicht ausgereizt und die Betreiber können weiter Anlagen dort bauen, wo kein Strom gebraucht wird und auch nicht abtransportiert werden kann. Dennoch müssen die Entschädigungen für die Nichteinleitung letztlich durch die Verbraucher getragen werden. Der Ausbau der Netzstruktur wird noch mindestens 12 Jahre in Anspruch nehmen, um allein die in 2022 beantragten Vorhaben wirksam an das Netz der E.DIS Netz GmbH anzuschließen. Herr Birnbaum vom Energieversorger E.on geht davon aus, dass bei Beibehaltung des Zubaus von EEA und derzeitigem Tempo des Netzausbaus erst in den Jahren 2060 bis 2070 mit einer Konformität von Produktion und Verteilung gerechnet werden kann.

Es ist aus unserer Sicht als Steuerzahler und Stromkunden eine unerfreuliche Situation, Anlagenbetreibern eine sorglose Investition in nicht nutzbare EEAs verschaffen zu müssen! Solange insbesondere die Genehmigung von Anlagen außerhalb von Bauleitplanungen möglich ist, wird sich die Situation der nicht mitwachsenden Netzstruktur nur noch verschärfen.

In unserem näheren Umfeld sind derzeit Planungen für ca. 50 Windkraftanlagen im Wald bekannt, die sämtlich nach Auskunft des lokalen Netzbetreibers und auch des überregionalen Netzbetreibers nicht in absehbarer Zeit wirksam in das Stromnetz eingepflegt werden können. Von dem Bau dieser Anlagen sind insgesamt ca. 3000 ha Wald betroffen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es unserer Auffassung nach erst recht keinen Sinn, Windkraftanlagen in Wälder zu stellen, deren Strom nicht benutzt werden kann. Einerseits werden Wälder auch in Zukunft gebraucht, um verbleibende Co2 Emissionen zu binden. Andererseits erfüllen Wälder verschiedene wichtige Funktionen in unserer Region wie z.B. zur Kühlung, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität, als Lebensraum von Flora und Fauna und zur Erholung. Die Bedeutung des Ökosystems Wald darf nicht hinter den Zielen der Energiewende anstehen sondern muss Bestandteil der Energiewende sein. Dies gilt umso mehr als in der Region seit 40 Jahren sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Natur- und Landschaftsschutz geflossen ist. Die Demoralisierung dieser ehrenamtlich Tätigen durch die Aufgabe der bis dahin geltenden umweltpolitischen Ziele birgt einen nicht zu behebbenden politischen Flurschaden.

Positionspapier

Wir sind keine Klimaleugner, auch leugnen wir nicht, dass der Klimawandel menschenveranlasst ist. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch nicht vor unserer Haustür.

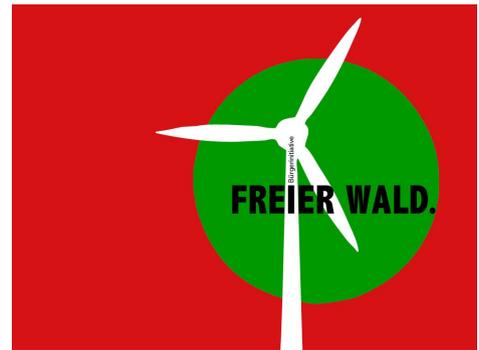
Gleichwohl findet niemand 250 m hohe Windkraftanlagen schön.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Speicherkapazität unserer Wälder für klimaschädliche Gase muss unserer Auffassung nach einen höheren Stellenwert haben als die Herstellung von Strom in und auf Kosten von Wäldern.

Zur Situation:

Derzeit ist die Situation wie folgt:

- Jeder kann nahezu überall eine Windkraftanlage errichten!
- Der anfallende produzierte Strom kann auf absehbare Zeit nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt werden.
- Jede dieser Windkraftanlagen führt zu einem Anspruch auf Anschluss an das Stromnetz und Vergütung oder Ausgleichzahlung, was sich drastisch auf den lokalen Strompreis auswirkt.
- Die Kosten dieses Netzausbaus außerhalb der „Stromautobahnen“ bei Anlagen bis 100 MW müssen die Verbraucher in der Region tragen.
- Die Teilhabe in der Region an der Wertschöpfung ist praktisch nicht gegeben. Bei der Abgabe nach § 6 EEG handelt es sich um eine „Soll-Bestimmung“. Diese Kosten müssen auch von der Gemeinschaft der Verbraucher getragen werden.
- Die Sonderabgaben an die Gemeinden nach BbGWindAbgG sollten in Rücklagen fließen, weil derzeit ein insolvenzsicherer Rückbau durch die Betreiber nicht gesichert ist. Leider ist diese Abgabe zweckgebunden für „akzeptanz erhöhende Maßnahmen“ der Gemeinden und steht als Sicherungsmittel nicht zur Verfügung..
- Den Menschen in der Region wird durch den unkoordinierten Ausbau die einzige verbliebene Ressource der naturnahen Kulturlandschaft mit reicher Flora und Fauna sowie viel Ruhe genommen.
- Der Vorteil des Lebensraumes Ländlicher Bereich wird vernichtet. Damit wird auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus erheblich beschädigt.
- Private Investitionen in den betroffenen ländlichen Bereichen werden dadurch drastisch zurückgehen, niemand ertüchtigt sein Haus energetisch wenn zugleich ein erheblicher Wertverlust droht.



Als gravierende und ungelöste Herausforderung wird von uns der hinkende Netzausbau wahrgenommen. E.ON-Chef Leonhard Birnbaum hat als prominenter Vertreter der Energiebranche im Interview mit NTV und der Süddeutschen Zeitung dazu Stellung bezogen. Als wichtigen Aspekt, hebt Herr Birnbaum hervor, dass derzeit die Netzkapazitäten erschöpft sind. Um weitere Anlagen der Erneuerbaren Energien (EEA) anzuschließen, müssten zunächst die Netze ausgebaut werden. Sinnvoller, so Birnbaum, ist es, die Energie dort zu produzieren wo sie benötigt wird. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es ergibt keinen Sinn Vorhabenträger dafür zu belohnen, dass EEA dort errichtet werden wo der Strom gar nicht gebraucht wird.

Ähnlich äußerte sich der Vertreter vom Netzbetreiber E.DIS Netz GmbH, in der Podiumsdiskussion auf Einladung der Interessengemeinschaft „Hohe Heide“ am 15. Februar 2024 in Heiligengrabe. Bereits jetzt, produziere die Region Nordwestbrandenburg ca. das 10-fache des in der Region verbrauchten Stroms. Der überschüssige Strom kann, auch wenn die Anlagen pro forma einen Netzanschluss bekommen, im Bereich der

E.DIS nicht wirksam abtransportiert werden, was zu erheblichen Entschädigungszahlungen an Betreiber von EEA führt. Die vorgesehene Zubaudynamik wird diese Situation verschärfen.

Dipl. Ing. Stefan Dorendorf, Leiter Netzstrategie und -entwicklung der E.DIS Netz GmbH hat bereits 2022 öffentlich auf die Ausbaudynamik infolge des Osterpakets der Bundesregierung und die damit verbunden Risiken hingewiesen. So beklagt Herr Dorendorf, dass bei Realisierung aller 2022 beantragten Netzanschlüsse in unserer Region die installierte Leistung an EE-Anlagen die maximale Verbrauchslast um das 5-fache übersteigen wird. Das hat sich inzwischen mit den derzeit zusätzlich geplanten Anlagen noch einmal deutlich verschärft. Die von Herrn Dorendorf aufgezeigten Lösungen zur effizienten Umsetzung der Energiewende wurden bislang leider nicht aufgegriffen. Die Möglichkeiten der Anschlusszuweisung sind nicht ausgereizt und die Betreiber können weiter Anlagen dort bauen, wo kein Strom gebraucht wird und auch nicht abtransportiert werden kann. Dennoch müssen die Entschädigungen für die Nichteinleitung letztlich durch die Verbraucher getragen werden. Der Ausbau der Netzstruktur wird noch mindestens 12 Jahre in Anspruch nehmen, um allein die in 2022 beantragten Vorhaben wirksam an das Netz der E.DIS Netz GmbH anzuschließen. Herr Birnbaum vom Energieversorger E.on geht davon aus, dass bei Beibehaltung des Zubaus von EEA und derzeitigem Tempo des Netzausbaus erst in den Jahren 2060 bis 2070 mit einer Konformität von Produktion und Verteilung gerechnet werden kann.

Es ist aus unserer Sicht als Steuerzahler und Stromkunden eine unerfreuliche Situation, Anlagenbetreibern eine sorglose Investition in nicht nutzbare EEAs verschaffen zu müssen! Solange insbesondere die Genehmigung von Anlagen außerhalb von Bauleitplanungen möglich ist, wird sich die Situation der nicht mitwachsenden Netzstruktur nur noch verschärfen.

In unserem näheren Umfeld sind derzeit Planungen für ca. 50 Windkraftanlagen im Wald bekannt, die sämtlich nach Auskunft des lokalen Netzbetreibers und auch des überregionalen Netzbetreibers nicht in absehbarer Zeit wirksam in das Stromnetz eingepflegt werden können. Von dem Bau dieser Anlagen sind insgesamt ca. 3000 ha Wald betroffen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es unserer Auffassung nach erst recht keinen Sinn, Windkraftanlagen in Wälder zu stellen, deren Strom nicht benutzt werden kann. Einerseits werden Wälder auch in Zukunft gebraucht, um verbleibende Co2 Emissionen zu binden. Andererseits erfüllen Wälder verschiedene wichtige Funktionen in unserer Region wie z.B. zur Kühlung, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität, als Lebensraum von Flora und Fauna und zur Erholung. Die Bedeutung des Ökosystems Wald darf nicht hinter den Zielen der Energiewende anstehen sondern muss Bestandteil der Energiewende sein. Dies gilt umso mehr als in der Region seit 40 Jahren sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Natur- und Landschaftsschutz geflossen ist. Die Demoralisierung dieser ehrenamtlich Tätigen durch die Aufgabe der bis dahin geltenden umweltpolitischen Ziele birgt einen nicht zu behebbenden politischen Flurschaden.

Positionspapier

Wir sind keine Klimaleugner, auch leugnen wir nicht, dass der Klimawandel menschenveranlasst ist. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch nicht vor unserer Haustür.

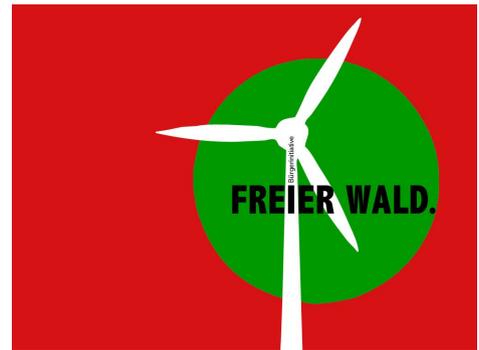
Gleichwohl findet niemand 250 m hohe Windkraftanlagen schön.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Speicherkapazität unserer Wälder für klimaschädliche Gase muss unserer Auffassung nach einen höheren Stellenwert haben als die Herstellung von Strom in und auf Kosten von Wäldern.

Zur Situation:

Derzeit ist die Situation wie folgt:

- Jeder kann nahezu überall eine Windkraftanlage errichten!
- Der anfallende produzierte Strom kann auf absehbare Zeit nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt werden.
- Jede dieser Windkraftanlagen führt zu einem Anspruch auf Anschluss an das Stromnetz und Vergütung oder Ausgleichzahlung, was sich drastisch auf den lokalen Strompreis auswirkt.
- Die Kosten dieses Netzausbaus außerhalb der „Stromautobahnen“ bei Anlagen bis 100 MW müssen die Verbraucher in der Region tragen.
- Die Teilhabe in der Region an der Wertschöpfung ist praktisch nicht gegeben. Bei der Abgabe nach § 6 EEG handelt es sich um eine „Soll-Bestimmung“. Diese Kosten müssen auch von der Gemeinschaft der Verbraucher getragen werden.
- Die Sonderabgaben an die Gemeinden nach BbGWindAbgG sollten in Rücklagen fließen, weil derzeit ein insolvenzsicherer Rückbau durch die Betreiber nicht gesichert ist. Leider ist diese Abgabe zweckgebunden für „akzeptanz erhöhende Maßnahmen“ der Gemeinden und steht als Sicherungsmittel nicht zur Verfügung..
- Den Menschen in der Region wird durch den unkoordinierten Ausbau die einzige verbliebene Ressource der naturnahen Kulturlandschaft mit reicher Flora und Fauna sowie viel Ruhe genommen.
- Der Vorteil des Lebensraumes Ländlicher Bereich wird vernichtet. Damit wird auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus erheblich beschädigt.
- Private Investitionen in den betroffenen ländlichen Bereichen werden dadurch drastisch zurückgehen, niemand ertüchtigt sein Haus energetisch wenn zugleich ein erheblicher Wertverlust droht.



Als gravierende und ungelöste Herausforderung wird von uns der hinkende Netzausbau wahrgenommen. E.ON-Chef Leonhard Birnbaum hat als prominenter Vertreter der Energiebranche im Interview mit NTV und der Süddeutschen Zeitung dazu Stellung bezogen. Als wichtigen Aspekt, hebt Herr Birnbaum hervor, dass derzeit die Netzkapazitäten erschöpft sind. Um weitere Anlagen der Erneuerbaren Energien (EEA) anzuschließen, müssten zunächst die Netze ausgebaut werden. Sinnvoller, so Birnbaum, ist es, die Energie dort zu produzieren wo sie benötigt wird. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es ergibt keinen Sinn Vorhabenträger dafür zu belohnen, dass EEA dort errichtet werden wo der Strom gar nicht gebraucht wird.

Ähnlich äußerte sich der Vertreter vom Netzbetreiber E.DIS Netz GmbH, in der Podiumsdiskussion auf Einladung der Interessengemeinschaft „Hohe Heide“ am 15. Februar 2024 in Heiligengrabe. Bereits jetzt, produziere die Region Nordwestbrandenburg ca. das 10-fache des in der Region verbrauchten Stroms. Der überschüssige Strom kann, auch wenn die Anlagen pro forma einen Netzanschluss bekommen, im Bereich der

E.DIS nicht wirksam abtransportiert werden, was zu erheblichen Entschädigungszahlungen an Betreiber von EEA führt. Die vorgesehene Zubaudynamik wird diese Situation verschärfen.

Dipl. Ing. Stefan Dorendorf, Leiter Netzstrategie und -entwicklung der E.DIS Netz GmbH hat bereits 2022 öffentlich auf die Ausbaudynamik infolge des Osterpakets der Bundesregierung und die damit verbunden Risiken hingewiesen. So beklagt Herr Dorendorf, dass bei Realisierung aller 2022 beantragten Netzanschlüsse in unserer Region die installierte Leistung an EE-Anlagen die maximale Verbrauchslast um das 5-fache übersteigen wird. Das hat sich inzwischen mit den derzeit zusätzlich geplanten Anlagen noch einmal deutlich verschärft. Die von Herrn Dorendorf aufgezeigten Lösungen zur effizienten Umsetzung der Energiewende wurden bislang leider nicht aufgegriffen. Die Möglichkeiten der Anschlusszuweisung sind nicht ausgereizt und die Betreiber können weiter Anlagen dort bauen, wo kein Strom gebraucht wird und auch nicht abtransportiert werden kann. Dennoch müssen die Entschädigungen für die Nichteinleitung letztlich durch die Verbraucher getragen werden. Der Ausbau der Netzstruktur wird noch mindestens 12 Jahre in Anspruch nehmen, um allein die in 2022 beantragten Vorhaben wirksam an das Netz der E.DIS Netz GmbH anzuschließen. Herr Birnbaum vom Energieversorger E.on geht davon aus, dass bei Beibehaltung des Zubaus von EEA und derzeitigem Tempo des Netzausbaus erst in den Jahren 2060 bis 2070 mit einer Konformität von Produktion und Verteilung gerechnet werden kann.

Es ist aus unserer Sicht als Steuerzahler und Stromkunden eine unerfreuliche Situation, Anlagenbetreibern eine sorglose Investition in nicht nutzbare EEAs verschaffen zu müssen! Solange insbesondere die Genehmigung von Anlagen außerhalb von Bauleitplanungen möglich ist, wird sich die Situation der nicht mitwachsenden Netzstruktur nur noch verschärfen.

In unserem näheren Umfeld sind derzeit Planungen für ca. 50 Windkraftanlagen im Wald bekannt, die sämtlich nach Auskunft des lokalen Netzbetreibers und auch des überregionalen Netzbetreibers nicht in absehbarer Zeit wirksam in das Stromnetz eingepflegt werden können. Von dem Bau dieser Anlagen sind insgesamt ca. 3000 ha Wald betroffen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es unserer Auffassung nach erst recht keinen Sinn, Windkraftanlagen in Wälder zu stellen, deren Strom nicht benutzt werden kann. Einerseits werden Wälder auch in Zukunft gebraucht, um verbleibende Co2 Emissionen zu binden. Andererseits erfüllen Wälder verschiedene wichtige Funktionen in unserer Region wie z.B. zur Kühlung, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität, als Lebensraum von Flora und Fauna und zur Erholung. Die Bedeutung des Ökosystems Wald darf nicht hinter den Zielen der Energiewende anstehen sondern muss Bestandteil der Energiewende sein. Dies gilt umso mehr als in der Region seit 40 Jahren sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Natur- und Landschaftsschutz geflossen ist. Die Demoralisierung dieser ehrenamtlich Tätigen durch die Aufgabe der bis dahin geltenden umweltpolitischen Ziele birgt einen nicht zu behebbenden politischen Flurschaden.

Positionspapier

Wir sind keine Klimaleugner, auch leugnen wir nicht, dass der Klimawandel menschenveranlasst ist. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch nicht vor unserer Haustür.

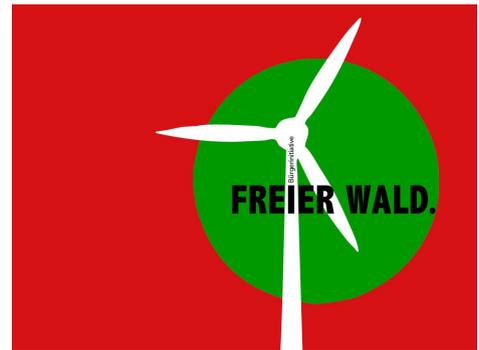
Gleichwohl findet niemand 250 m hohe Windkraftanlagen schön.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Speicherkapazität unserer Wälder für klimaschädliche Gase muss unserer Auffassung nach einen höheren Stellenwert haben als die Herstellung von Strom in und auf Kosten von Wäldern.

Zur Situation:

Derzeit ist die Situation wie folgt:

- Jeder kann nahezu überall eine Windkraftanlage errichten!
- Der anfallende produzierte Strom kann auf absehbare Zeit nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt werden.
- Jede dieser Windkraftanlagen führt zu einem Anspruch auf Anschluss an das Stromnetz und Vergütung oder Ausgleichzahlung, was sich drastisch auf den lokalen Strompreis auswirkt.
- Die Kosten dieses Netzausbaus außerhalb der „Stromautobahnen“ bei Anlagen bis 100 MW müssen die Verbraucher in der Region tragen.
- Die Teilhabe in der Region an der Wertschöpfung ist praktisch nicht gegeben. Bei der Abgabe nach § 6 EEG handelt es sich um eine „Soll-Bestimmung“. Diese Kosten müssen auch von der Gemeinschaft der Verbraucher getragen werden.
- Die Sonderabgaben an die Gemeinden nach BbGWindAbgG sollten in Rücklagen fließen, weil derzeit ein insolvenzsicherer Rückbau durch die Betreiber nicht gesichert ist. Leider ist diese Abgabe zweckgebunden für „akzeptanz erhöhende Maßnahmen“ der Gemeinden und steht als Sicherungsmittel nicht zur Verfügung..
- Den Menschen in der Region wird durch den unkoordinierten Ausbau die einzige verbliebene Ressource der naturnahen Kulturlandschaft mit reicher Flora und Fauna sowie viel Ruhe genommen.
- Der Vorteil des Lebensraumes Ländlicher Bereich wird vernichtet. Damit wird auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus erheblich beschädigt.
- Private Investitionen in den betroffenen ländlichen Bereichen werden dadurch drastisch zurückgehen, niemand ertüchtigt sein Haus energetisch wenn zugleich ein erheblicher Wertverlust droht.



Als gravierende und ungelöste Herausforderung wird von uns der hinkende Netzausbau wahrgenommen. E.ON-Chef Leonhard Birnbaum hat als prominenter Vertreter der Energiebranche im Interview mit NTV und der Süddeutschen Zeitung dazu Stellung bezogen. Als wichtigen Aspekt, hebt Herr Birnbaum hervor, dass derzeit die Netzkapazitäten erschöpft sind. Um weitere Anlagen der Erneuerbaren Energien (EEA) anzuschließen, müssten zunächst die Netze ausgebaut werden. Sinnvoller, so Birnbaum, ist es, die Energie dort zu produzieren wo sie benötigt wird. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es ergibt keinen Sinn Vorhabenträger dafür zu belohnen, dass EEA dort errichtet werden wo der Strom gar nicht gebraucht wird.

Ähnlich äußerte sich der Vertreter vom Netzbetreiber E.DIS Netz GmbH, in der Podiumsdiskussion auf Einladung der Interessengemeinschaft „Hohe Heide“ am 15. Februar 2024 in Heiligengrabe. Bereits jetzt, produziere die Region Nordwestbrandenburg ca. das 10-fache des in der Region verbrauchten Stroms. Der überschüssige Strom kann, auch wenn die Anlagen pro forma einen Netzanschluss bekommen, im Bereich der

E.DIS nicht wirksam abtransportiert werden, was zu erheblichen Entschädigungszahlungen an Betreiber von EEA führt. Die vorgesehene Zubaudynamik wird diese Situation verschärfen.

Dipl. Ing. Stefan Dorendorf, Leiter Netzstrategie und -entwicklung der E.DIS Netz GmbH hat bereits 2022 öffentlich auf die Ausbaudynamik infolge des Osterpakets der Bundesregierung und die damit verbunden Risiken hingewiesen. So beklagt Herr Dorendorf, dass bei Realisierung aller 2022 beantragten Netzanschlüsse in unserer Region die installierte Leistung an EE-Anlagen die maximale Verbrauchslast um das 5-fache übersteigen wird. Das hat sich inzwischen mit den derzeit zusätzlich geplanten Anlagen noch einmal deutlich verschärft. Die von Herrn Dorendorf aufgezeigten Lösungen zur effizienten Umsetzung der Energiewende wurden bislang leider nicht aufgegriffen. Die Möglichkeiten der Anschlusszuweisung sind nicht ausgereizt und die Betreiber können weiter Anlagen dort bauen, wo kein Strom gebraucht wird und auch nicht abtransportiert werden kann. Dennoch müssen die Entschädigungen für die Nichteinleitung letztlich durch die Verbraucher getragen werden. Der Ausbau der Netzstruktur wird noch mindestens 12 Jahre in Anspruch nehmen, um allein die in 2022 beantragten Vorhaben wirksam an das Netz der E.DIS Netz GmbH anzuschließen. Herr Birnbaum vom Energieversorger E.on geht davon aus, dass bei Beibehaltung des Zubaus von EEA und derzeitigem Tempo des Netzausbaus erst in den Jahren 2060 bis 2070 mit einer Konformität von Produktion und Verteilung gerechnet werden kann.

Es ist aus unserer Sicht als Steuerzahler und Stromkunden eine unerfreuliche Situation, Anlagenbetreibern eine sorglose Investition in nicht nutzbare EEAs verschaffen zu müssen! Solange insbesondere die Genehmigung von Anlagen außerhalb von Bauleitplanungen möglich ist, wird sich die Situation der nicht mitwachsenden Netzstruktur nur noch verschärfen.

In unserem näheren Umfeld sind derzeit Planungen für ca. 50 Windkraftanlagen im Wald bekannt, die sämtlich nach Auskunft des lokalen Netzbetreibers und auch des überregionalen Netzbetreibers nicht in absehbarer Zeit wirksam in das Stromnetz eingepflegt werden können. Von dem Bau dieser Anlagen sind insgesamt ca. 3000 ha Wald betroffen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es unserer Auffassung nach erst recht keinen Sinn, Windkraftanlagen in Wälder zu stellen, deren Strom nicht benutzt werden kann. Einerseits werden Wälder auch in Zukunft gebraucht, um verbleibende Co2 Emissionen zu binden. Andererseits erfüllen Wälder verschiedene wichtige Funktionen in unserer Region wie z.B. zur Kühlung, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität, als Lebensraum von Flora und Fauna und zur Erholung. Die Bedeutung des Ökosystems Wald darf nicht hinter den Zielen der Energiewende anstehen sondern muss Bestandteil der Energiewende sein. Dies gilt umso mehr als in der Region seit 40 Jahren sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Natur- und Landschaftsschutz geflossen ist. Die Demoralisierung dieser ehrenamtlich Tätigen durch die Aufgabe der bis dahin geltenden umweltpolitischen Ziele birgt einen nicht zu behebbenden politischen Flurschaden.

Positionspapier

Wir sind keine Klimaleugner, auch leugnen wir nicht, dass der Klimawandel menschenveranlasst ist. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch nicht vor unserer Haustür.

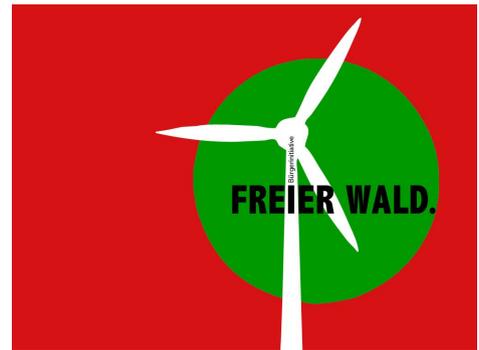
Gleichwohl findet niemand 250 m hohe Windkraftanlagen schön.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Speicherkapazität unserer Wälder für klimaschädliche Gase muss unserer Auffassung nach einen höheren Stellenwert haben als die Herstellung von Strom in und auf Kosten von Wäldern.

Zur Situation:

Derzeit ist die Situation wie folgt:

- Jeder kann nahezu überall eine Windkraftanlage errichten!
- Der anfallende produzierte Strom kann auf absehbare Zeit nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt werden.
- Jede dieser Windkraftanlagen führt zu einem Anspruch auf Anschluss an das Stromnetz und Vergütung oder Ausgleichzahlung, was sich drastisch auf den lokalen Strompreis auswirkt.
- Die Kosten dieses Netzausbaus außerhalb der „Stromautobahnen“ bei Anlagen bis 100 MW müssen die Verbraucher in der Region tragen.
- Die Teilhabe in der Region an der Wertschöpfung ist praktisch nicht gegeben. Bei der Abgabe nach § 6 EEG handelt es sich um eine „Soll-Bestimmung“. Diese Kosten müssen auch von der Gemeinschaft der Verbraucher getragen werden.
- Die Sonderabgaben an die Gemeinden nach BbGWindAbgG sollten in Rücklagen fließen, weil derzeit ein insolvenzsicherer Rückbau durch die Betreiber nicht gesichert ist. Leider ist diese Abgabe zweckgebunden für „akzeptanz erhöhende Maßnahmen“ der Gemeinden und steht als Sicherungsmittel nicht zur Verfügung..
- Den Menschen in der Region wird durch den unkoordinierten Ausbau die einzige verbliebene Ressource der naturnahen Kulturlandschaft mit reicher Flora und Fauna sowie viel Ruhe genommen.
- Der Vorteil des Lebensraumes Ländlicher Bereich wird vernichtet. Damit wird auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus erheblich beschädigt.
- Private Investitionen in den betroffenen ländlichen Bereichen werden dadurch drastisch zurückgehen, niemand ertüchtigt sein Haus energetisch wenn zugleich ein erheblicher Wertverlust droht.



Als gravierende und ungelöste Herausforderung wird von uns der hinkende Netzausbau wahrgenommen. E.ON-Chef Leonhard Birnbaum hat als prominenter Vertreter der Energiebranche im Interview mit NTV und der Süddeutschen Zeitung dazu Stellung bezogen. Als wichtigen Aspekt, hebt Herr Birnbaum hervor, dass derzeit die Netzkapazitäten erschöpft sind. Um weitere Anlagen der Erneuerbaren Energien (EEA) anzuschließen, müssten zunächst die Netze ausgebaut werden. Sinnvoller, so Birnbaum, ist es, die Energie dort zu produzieren wo sie benötigt wird. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es ergibt keinen Sinn Vorhabenträger dafür zu belohnen, dass EEA dort errichtet werden wo der Strom gar nicht gebraucht wird.

Ähnlich äußerte sich der Vertreter vom Netzbetreiber E.DIS Netz GmbH, in der Podiumsdiskussion auf Einladung der Interessengemeinschaft „Hohe Heide“ am 15. Februar 2024 in Heiligengrabe. Bereits jetzt, produziere die Region Nordwestbrandenburg ca. das 10-fache des in der Region verbrauchten Stroms. Der überschüssige Strom kann, auch wenn die Anlagen pro forma einen Netzanschluss bekommen, im Bereich der

E.DIS nicht wirksam abtransportiert werden, was zu erheblichen Entschädigungszahlungen an Betreiber von EEA führt. Die vorgesehene Zubaudynamik wird diese Situation verschärfen.

Dipl. Ing. Stefan Dorendorf, Leiter Netzstrategie und -entwicklung der E.DIS Netz GmbH hat bereits 2022 öffentlich auf die Ausbaudynamik infolge des Osterpakets der Bundesregierung und die damit verbunden Risiken hingewiesen. So beklagt Herr Dorendorf, dass bei Realisierung aller 2022 beantragten Netzanschlüsse in unserer Region die installierte Leistung an EE-Anlagen die maximale Verbrauchslast um das 5-fache übersteigen wird. Das hat sich inzwischen mit den derzeit zusätzlich geplanten Anlagen noch einmal deutlich verschärft. Die von Herrn Dorendorf aufgezeigten Lösungen zur effizienten Umsetzung der Energiewende wurden bislang leider nicht aufgegriffen. Die Möglichkeiten der Anschlusszuweisung sind nicht ausgereizt und die Betreiber können weiter Anlagen dort bauen, wo kein Strom gebraucht wird und auch nicht abtransportiert werden kann. Dennoch müssen die Entschädigungen für die Nichteinleitung letztlich durch die Verbraucher getragen werden. Der Ausbau der Netzstruktur wird noch mindestens 12 Jahre in Anspruch nehmen, um allein die in 2022 beantragten Vorhaben wirksam an das Netz der E.DIS Netz GmbH anzuschließen. Herr Birnbaum vom Energieversorger E.on geht davon aus, dass bei Beibehaltung des Zubaus von EEA und derzeitigem Tempo des Netzausbaus erst in den Jahren 2060 bis 2070 mit einer Konformität von Produktion und Verteilung gerechnet werden kann.

Es ist aus unserer Sicht als Steuerzahler und Stromkunden eine unerfreuliche Situation, Anlagenbetreibern eine sorglose Investition in nicht nutzbare EEAs verschaffen zu müssen! Solange insbesondere die Genehmigung von Anlagen außerhalb von Bauleitplanungen möglich ist, wird sich die Situation der nicht mitwachsenden Netzstruktur nur noch verschärfen.

In unserem näheren Umfeld sind derzeit Planungen für ca. 50 Windkraftanlagen im Wald bekannt, die sämtlich nach Auskunft des lokalen Netzbetreibers und auch des überregionalen Netzbetreibers nicht in absehbarer Zeit wirksam in das Stromnetz eingepflegt werden können. Von dem Bau dieser Anlagen sind insgesamt ca. 3000 ha Wald betroffen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es unserer Auffassung nach erst recht keinen Sinn, Windkraftanlagen in Wälder zu stellen, deren Strom nicht benutzt werden kann. Einerseits werden Wälder auch in Zukunft gebraucht, um verbleibende Co2 Emissionen zu binden. Andererseits erfüllen Wälder verschiedene wichtige Funktionen in unserer Region wie z.B. zur Kühlung, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität, als Lebensraum von Flora und Fauna und zur Erholung. Die Bedeutung des Ökosystems Wald darf nicht hinter den Zielen der Energiewende anstehen sondern muss Bestandteil der Energiewende sein. Dies gilt umso mehr als in der Region seit 40 Jahren sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Natur- und Landschaftsschutz geflossen ist. Die Demoralisierung dieser ehrenamtlich Tätigen durch die Aufgabe der bis dahin geltenden umweltpolitischen Ziele birgt einen nicht zu behebbenden politischen Flurschaden.

Positionspapier

Wir sind keine Klimaleugner, auch leugnen wir nicht, dass der Klimawandel menschenveranlasst ist. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch nicht vor unserer Haustür.

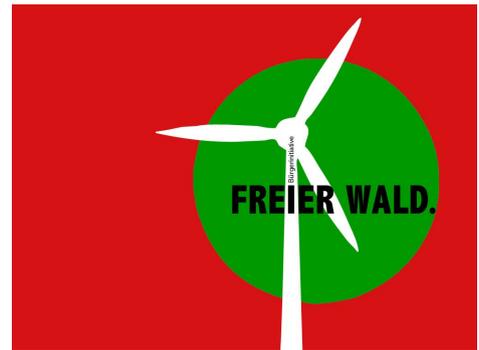
Gleichwohl findet niemand 250 m hohe Windkraftanlagen schön.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Speicherkapazität unserer Wälder für klimaschädliche Gase muss unserer Auffassung nach einen höheren Stellenwert haben als die Herstellung von Strom in und auf Kosten von Wäldern.

Zur Situation:

Derzeit ist die Situation wie folgt:

- Jeder kann nahezu überall eine Windkraftanlage errichten!
- Der anfallende produzierte Strom kann auf absehbare Zeit nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt werden.
- Jede dieser Windkraftanlagen führt zu einem Anspruch auf Anschluss an das Stromnetz und Vergütung oder Ausgleichzahlung, was sich drastisch auf den lokalen Strompreis auswirkt.
- Die Kosten dieses Netzausbaus außerhalb der „Stromautobahnen“ bei Anlagen bis 100 MW müssen die Verbraucher in der Region tragen.
- Die Teilhabe in der Region an der Wertschöpfung ist praktisch nicht gegeben. Bei der Abgabe nach § 6 EEG handelt es sich um eine „Soll-Bestimmung“. Diese Kosten müssen auch von der Gemeinschaft der Verbraucher getragen werden.
- Die Sonderabgaben an die Gemeinden nach BbGWindAbgG sollten in Rücklagen fließen, weil derzeit ein insolvenzsicherer Rückbau durch die Betreiber nicht gesichert ist. Leider ist diese Abgabe zweckgebunden für „akzeptanz erhöhende Maßnahmen“ der Gemeinden und steht als Sicherungsmittel nicht zur Verfügung..
- Den Menschen in der Region wird durch den unkoordinierten Ausbau die einzige verbliebene Ressource der naturnahen Kulturlandschaft mit reicher Flora und Fauna sowie viel Ruhe genommen.
- Der Vorteil des Lebensraumes Ländlicher Bereich wird vernichtet. Damit wird auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus erheblich beschädigt.
- Private Investitionen in den betroffenen ländlichen Bereichen werden dadurch drastisch zurückgehen, niemand ertüchtigt sein Haus energetisch wenn zugleich ein erheblicher Wertverlust droht.



Als gravierende und ungelöste Herausforderung wird von uns der hinkende Netzausbau wahrgenommen. E.ON-Chef Leonhard Birnbaum hat als prominenter Vertreter der Energiebranche im Interview mit NTV und der Süddeutschen Zeitung dazu Stellung bezogen. Als wichtigen Aspekt, hebt Herr Birnbaum hervor, dass derzeit die Netzkapazitäten erschöpft sind. Um weitere Anlagen der Erneuerbaren Energien (EEA) anzuschließen, müssten zunächst die Netze ausgebaut werden. Sinnvoller, so Birnbaum, ist es, die Energie dort zu produzieren wo sie benötigt wird. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es ergibt keinen Sinn Vorhabenträger dafür zu belohnen, dass EEA dort errichtet werden wo der Strom gar nicht gebraucht wird.

Ähnlich äußerte sich der Vertreter vom Netzbetreiber E.DIS Netz GmbH, in der Podiumsdiskussion auf Einladung der Interessengemeinschaft „Hohe Heide“ am 15. Februar 2024 in Heiligengrabe. Bereits jetzt, produziere die Region Nordwestbrandenburg ca. das 10-fache des in der Region verbrauchten Stroms. Der überschüssige Strom kann, auch wenn die Anlagen pro forma einen Netzanschluss bekommen, im Bereich der

E.DIS nicht wirksam abtransportiert werden, was zu erheblichen Entschädigungszahlungen an Betreiber von EEA führt. Die vorgesehene Zubaudynamik wird diese Situation verschärfen.

Dipl. Ing. Stefan Dorendorf, Leiter Netzstrategie und -entwicklung der E.DIS Netz GmbH hat bereits 2022 öffentlich auf die Ausbaudynamik infolge des Osterpakets der Bundesregierung und die damit verbunden Risiken hingewiesen. So beklagt Herr Dorendorf, dass bei Realisierung aller 2022 beantragten Netzanschlüsse in unserer Region die installierte Leistung an EE-Anlagen die maximale Verbrauchslast um das 5-fache übersteigen wird. Das hat sich inzwischen mit den derzeit zusätzlich geplanten Anlagen noch einmal deutlich verschärft. Die von Herrn Dorendorf aufgezeigten Lösungen zur effizienten Umsetzung der Energiewende wurden bislang leider nicht aufgegriffen. Die Möglichkeiten der Anschlusszuweisung sind nicht ausgereizt und die Betreiber können weiter Anlagen dort bauen, wo kein Strom gebraucht wird und auch nicht abtransportiert werden kann. Dennoch müssen die Entschädigungen für die Nichteinleitung letztlich durch die Verbraucher getragen werden. Der Ausbau der Netzstruktur wird noch mindestens 12 Jahre in Anspruch nehmen, um allein die in 2022 beantragten Vorhaben wirksam an das Netz der E.DIS Netz GmbH anzuschließen. Herr Birnbaum vom Energieversorger E.on geht davon aus, dass bei Beibehaltung des Zubaus von EEA und derzeitigem Tempo des Netzausbaus erst in den Jahren 2060 bis 2070 mit einer Konformität von Produktion und Verteilung gerechnet werden kann.

Es ist aus unserer Sicht als Steuerzahler und Stromkunden eine unerfreuliche Situation, Anlagenbetreibern eine sorglose Investition in nicht nutzbare EEAs verschaffen zu müssen! Solange insbesondere die Genehmigung von Anlagen außerhalb von Bauleitplanungen möglich ist, wird sich die Situation der nicht mitwachsenden Netzstruktur nur noch verschärfen.

In unserem näheren Umfeld sind derzeit Planungen für ca. 50 Windkraftanlagen im Wald bekannt, die sämtlich nach Auskunft des lokalen Netzbetreibers und auch des überregionalen Netzbetreibers nicht in absehbarer Zeit wirksam in das Stromnetz eingepflegt werden können. Von dem Bau dieser Anlagen sind insgesamt ca. 3000 ha Wald betroffen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es unserer Auffassung nach erst recht keinen Sinn, Windkraftanlagen in Wälder zu stellen, deren Strom nicht benutzt werden kann. Einerseits werden Wälder auch in Zukunft gebraucht, um verbleibende Co2 Emissionen zu binden. Andererseits erfüllen Wälder verschiedene wichtige Funktionen in unserer Region wie z.B. zur Kühlung, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität, als Lebensraum von Flora und Fauna und zur Erholung. Die Bedeutung des Ökosystems Wald darf nicht hinter den Zielen der Energiewende anstehen sondern muss Bestandteil der Energiewende sein. Dies gilt umso mehr als in der Region seit 40 Jahren sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Natur- und Landschaftsschutz geflossen ist. Die Demoralisierung dieser ehrenamtlich Tätigen durch die Aufgabe der bis dahin geltenden umweltpolitischen Ziele birgt einen nicht zu behebbenden politischen Flurschaden.